



# Garrelt Duin

## Ostfriesisch. Klar.



## Newsletter

Berlin, 11. November 2011

[www.garreltduin.de](http://www.garreltduin.de)

Ausgabe 11 / 2011 |

### Ziel heißt „Familienland Deutschland“

**SPD: Statt Betreuungsgeld mehr Geld in Krippen, Kitas und Schulen**

Familienpolitik beginnt im Säuglingsalter und endet mit der Pflege kranker und gebrechlicher Menschen. An der SPD-Spitze personifiziert Manuela Schwesig die Familienpolitik. Die stellvertretende Parteivorsitzende und Arbeits- und Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern stellte SPD-Bundestagsabgeordneten die Leitlinien der künftigen sozialdemokratischen Familienpolitik vor, über die auf dem Parteitag Anfang Dezember in Berlin entschieden werden soll.

Unter Leitung von Garrelt Duin diskutierten die Abgeordneten mit Schwesig über das „Familienland Deutschland“. Sie nannte fünf Punkte, um dieses Ziel zu erreichen: Betreuung und Bildung, gute Arbeit, Zeit für Familie, Kindergrundsicherung und Wertschätzung für Familie.

Es ist ein Angebot für alle denkbaren Formen des Zusammenlebens, sei es verheiratet, unverheiratet, gleichgeschlechtlich oder Patchwork. Schwesig bedauert, dass Bundesregierung und einzelne Bundesländer wie Niedersachsen mit dem Krippenausbau hinterher hinken. Es sei gut, dass der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab 2013 viel

Druck zum Handeln aufbaue. Ohne diesen Gesetzesdruck würde noch weniger geschehen. In diesem Zusammenhang bezeichnete Schwesig das von der Regierung beschlossene Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Kita schicken, als „familien- und bildungspolitischen Quatsch“. Das Betreuungsgeld sei eine „Fernhalteprämie“. Das Geld sollte besser in Krippen,

Kitas und Schulen gesteckt werden. Davon hätten besonders sozial benachteiligte Kinder am meisten. Schwesig kündigte an: „Bei einem Wahlsieg der SPD wird das Betreuungsgeld kassiert.“

Ein weiterer Schwerpunkt des Familienprogramms wird die Verbesserung der Pflege sein.



„Familienland Deutschland“ - in der SPD steht die stellvertretende Parteivorsitzende und Arbeits- und Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, für dieses Ziel. Hier mit Garrelt Duin als Diskussionsleiter.

*Mein!*

Was treibt den Politiker an? Schwierig zu beantworten, aber eine Frage stellt sich mir immer mehr: Wie erreichen wir, dass industrielle Produktion wieder mehr von den Menschen geschätzt wird?

Nicht wenige haben gar ein gestörtes Verhältnis zur Industrie entwickelt - obwohl sie eine Grundlage unseres Wohlstandes ist. Die Krise von 2008 hat gezeigt, dass wir wegen eines noch starken Industriekerns in Europa Spitze sind. Wir dürfen deshalb nicht alles auf die Karte Dienstleistung setzen, sondern müssen dafür sorgen, dass Produktion und Dienstleistungen bei uns gleichermaßen vertreten sind. Bricht die Industrie weg, folgen bald die Dienstleister - für immer.

Gemeinsam mit Hubertus Heil habe ich ein industriepolitisches Positionspapier für die Bundestagsfraktion erarbeitet, das wir bald vorstellen. Es versucht, Antworten auf drängende Fragen zu geben. Wir freuen uns auf die Diskussion - innerhalb und außerhalb unserer SPD.

*Garrelt Duin*

# Satellitentechnik ist ein Leitmarkt der Zukunft

Sehr gut besuchte Fachtagung der SPD über Perspektiven der deutschen und europäischen Raumfahrt

Die SPD-Bundestagsfraktion setzte ihre Reihe „Leitmärkte der Zukunft“ mit „Perspektiven der deutschen und europäischen Raumfahrt“ fort. Die von Garrelt Duin geleitete AG Wirtschaft und Technologie richtete die von hochrangigem Fachpublikum besuchte Veranstaltung im Reichstag aus. Raumfahrt ist kein spektakuläres und wohl deshalb von der Regierung vernachlässigtes Thema, obwohl wirtschaftlich und technologisch von hoher Bedeutung. Ein Schwerpunkt der Raumfahrt ist Entwicklung und Bau von Satelliten-Systemen.



Freude über eine gelungene Veranstaltung: Von links Ex-Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee, Telekommunikations-experte Martin Dörmann, Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und wirtschaftspolitischer Sprecher Garrelt Duin.

## Merkel lässt Wirtschaft ohne Kompass treiben

Herbstgutachten sagt Wachstum mit Null vor dem Komma voraus / SPD fordert Investitionen

Das Herbstgutachten des Sachverständigenrates der Bundesregierung hält Kanzlerin Merkel und ihrem Wirtschaftsminister Rösler den Spiegel vor. Sie senkten ihre Wachstumsprognose auf 0,9 Prozent. Doch was tun Merkel und

Rösler? Sie schwelgen noch in hohen Tönen vom guten dritten Quartal dieses Jahres. Sie lassen die Wirtschaft ohne Kompass in raues Wasser treiben. Garrelt Duin: „Das ist fahrlässige Politik“. Statt das Land sturmfest zu ma-

chen, verliert sich die Regierung in Luftnummern wie eine Steuer-senkung auf Pump, die sechs Milliarden kostet und nicht gegenfinanziert ist. Dadurch engt sie ohne Not den Spielraum für Investitionen ein. Diese sind drin-

gend nötig, um das Land wettbewerbsfähig zu halten und Arbeitsplätze zu sichern. Garrelt Duin fordert Merkel auf, Geld bereit zu stellen für Breitband- und Energienetze sowie Straßen, Schienen und Kanäle zu den Häfen.

## Trockene Brötchen

Besser Mindestlohn statt Mini-Steuersenkung

Frank-Walter Steinmeier rechnet scharf ab mit den so genannten Steuersenkungen der Bundesregierung. Kanzlerin Merkel, CDU, und ihr Wirtschaftsminister Rösler, FDP, reden zwar von Entlastung - aber ausgerechnet das, was fünf Millionen Menschen in Arbeit wirklich hilft und dringend geklärt werden muss, bleibt eine offene Frage: Kommt der gesetzliche Mindestlohn oder kommt er nicht? Die Kanzlerin schlägt sich auf die Seite des wirtschaftsnahen CDU-Flügels und düpiert

damit den ohnehin lahmen Sozialflügel. Die Steuerbeschlüsse nennt Steinmeier „schlichtweg Betrug“. Sie sollen angeblich kleinen und mittleren Einkommen zugute kommen. Doch die für 2013 angekündigte Steuersenkung bringt für einen Geringverdiener 1,40 Euro im Monat. Duin: „Das sind ein paar trockene Brötchen.“ Wer den Spitzensteuersatz erreicht, erhält 9,60 Euro im Monat. Obendrein ist es eine Steuersenkung auf Pump. Das geht auf Kosten von Investitionen. Duin: „Die Steuermaßnahme wird das Wachstum nicht mehr beeinflussen als ein heiserer Husten.“

## An die Kandare

SPD-Bundestagsfraktion: Finanzmarkt regulieren

Die Krise in Europa schwellt weiter. Jetzt rächt sich, dass seit dem Zusammenbruch von Banken vor drei Jahren in der Substanz nichts erreicht wurde, um die Realwirtschaft zu stärken und die spekulativen Risiken der Finanzwirtschaft einzudämmen. Der G20-Gipfel von Cannes hat keine greifbaren Fortschritte gebracht. Nichts Konkretes, kein Aktionsplan, keine Umsetzungsschritte, vor allem kein Durchbruch bei der Finanztransaktionssteuer.

Der Bundestag beriet jetzt über die Finanzmarkt-Regulierung. Die SPD hat dafür feste Vorstellun-

gen. Neben der Finanztransaktionssteuer will sie das hochriskante Investmentbanking vom realwirtschaftlichen Kreditgeschäft trennen. Außerdem muss der computergestützte so genannte Hochfrequenzhandel streng reguliert werden. Garrelt Duin: „Wir fordern auch ein europaweites Verbot von ungedeckten Leerverkäufen und von spekulativen Kreditausfallversicherungen, bei denen die Erwerber der Versicherungsscheine gar kein Eigentum haben, das sie versichern wollen.“ Verboten gehört auch der spekulative Rohstoffhandel ohne Bezug zum Umschlag von Waren.

# Energiewende kommt nicht von allein

Reihe der „Zukunftsgespräche“ in Aurich fortgesetzt / Gegen „Vermassung“ der Landschaft

Die Energiewende ist kein Selbstläufer. Viele Fragen sind noch ungelöst, und die Bundesregierung hat noch kein Konzept. Ostfriesland profitiert schon heute stark von den erneuerbaren Energien und zählt zweifellos zu den direkten Gewinnern der Energiewende. Beim „Zukunftsgespräch“ über Energie in Aurich wurden jedoch auch kritische Punkte angesprochen. So waren sich Referenten und die zahlreichen Gäste einig, dass der Maisanbau von der Flächenzahl allmählich an Grenzen stößt. Und Biogasanlagen erfordern eine Übereinstimmung zwischen Betreibern und betroffenen Bürgern. Garrelt Duin, der gemeinsam mit Matthi-

as Miersch, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, ins Seminarhotel eingeladen hatte, legt großen Wert darauf, dass Deutschland ein Industrieland und Strom bezahlbar bleibt - sowohl für Privathaushalte als für Firmen.

Miersch und Dietmar Schütz vom Bundesverband Erneuerbare Energie sagen, dass Wind, Sonne und Biogas nicht teuer sein müssen als Atom-, Kohle oder Gaskraft. Voraussetzung: Der Staat bezahlt die Infrastruktur. Miersch warnt vor einer Renaissance der Atomkraft in zehn Jahren, wenn die Bundesregierung die Energiewende nicht energisch umsetzt.



Garrelt Duin gab den Impuls zu den Zukunftsgesprächen, die sich diesmal um das Thema Energie drehten.



Dietmar Schütz formulierte das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) und steht dem Bundesverband Erneuerbare Energie vor, Dirk Warnecke ist Geschäftsführer bei Enova in Bunderhee, Dr. Matthias Miersch ist umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Harm-Uwe Weber Landrat in Aurich (v.l.).

## Arbeit und Leben

### Wertschätzung der Arbeit und Wertschöpfung

Skepsis gegen weitere Verlängerungen von Ladenschlusszeiten äußerten SPD-Wirtschaftspolitiker. Abgesehen von der Frage, ob Verbraucher dies wünschten, sei es den Mitarbeitern im Handel kaum zuzumuten. Schon heute arbeiten 40 Prozent der Beschäftigten sonabends und 20 Prozent sonntags. Garrelt Duin sprach die gesellschafts-ethische Frage nach der „gemeinsamen Zeit“ an. Die Diskussion entwickelte sich in der AG Wirtschaft

und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion, die von Duin geleitet wird. Dr. Uta Biermann referierte über die Dienstleistungsgesellschaft im „Wandel der Zeitstruktur und der Arbeit (zeit)“. Es geht darum, Wertschätzung und Wertschöpfung zu verbinden. Oder wie Uta Biermann sagte: „Arbeit und Leben unter einen Hut bringen.“ Dieser Zusammenhang brauche eine breitere Basis. Wertschätzung bedeutet auch gute Bezahlung.

## Krank durch Radar

### Betroffene Soldaten erhalten jetzt eine Entschädigung

Politik bedeutet harte Auseinandersetzung, Aufprall von Interessen und Meinungen, oft auch Kompromiss. Manchmal herrscht jedoch auch große Einigkeit. So in der Forderung, radargeschädigten ehemaligen Soldaten der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee finanziell unter die Arme zu greifen. SPD, CDU/CSU, FDP und Grüne verlangen von der Bundesregierung, radargeschädigte Soldaten angemessen zu entschädigen - auch die noch nicht abge-

schlossenen Einzelfälle. Der Hintergrund: Durch ionisierende Strahlung waren Soldaten beider Armeen bis in die 1980er Jahre gesundheitsschädlichen Partikeln ausgesetzt. Die Männer sind teilweise schwer krank, können einen Zusammenhang mit der Strahlung oft nur schwer nachweisen. Die Radarkommission des Verteidigungsministeriums hält eine Entschädigung für richtig, so dass jetzt der interfraktionelle Antrag zustande kam.

## Guter Tausch

### Weg frei für Emden Hafen

Es hat lange gedauert, bis sich der Bund und das Land Niedersachsen einig wurden über den Tausch des Rysumer Nackens (Bund) und des Wybelsumer Polders (Land). Der Haushaltsausschuss des Bundestags stimmte dem Handel jetzt zu. Damit endet eine Hängepartie zwischen Berlin und Hannover.

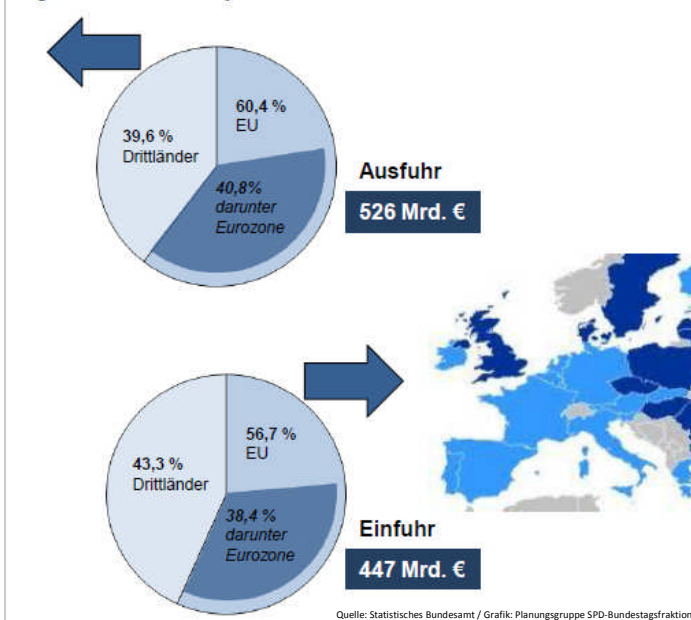
Der Landtausch ist Voraussetzung für den Bau eines neuen Emden Hafens auf dem Rysumer Nacken. Niedersachsen hat beim Bau den Hut auf. Garrelt Duin freut sich, dass formal endlich der Weg frei ist für den Hafen: „Jetzt ist das Land Niedersachsen am Zuge, alle Voraussetzungen für den Hafenaufbau zu schaffen, nicht zuletzt die Finanzierung zu sichern.“

## Wir brauchen EU und Euro

### Mehr als 60 Prozent der Ausfuhren gehen in Europäische Union

### Europa in der Krise – Deutschland spürt die Folgen

Angaben für das 1. Halbjahr 2011



Die deutsche Wirtschaft ist eng mit der Wirtschaft der europäischen Partner verknüpft. So importierte Deutschland in der ersten Hälfte 2011 Waren im Wert von 447 Milliarden Euro. Weit mehr als die Hälfte (57 Prozent) stammte aus der Europäischen Union (EU), davon 38 Prozent aus den 17 Ländern mit Euro-Währung. Dazu gehören wichtige Vorleistungen für deutsche Industrieprodukte.

Noch gewichtiger sind die EU und besonders die Euro-Länder auf der Kundenseite: Deutschland lieferte in der selben Zeit mehr als 60 Prozent seiner Ausfuhren in die EU. Fast 41 Prozent davon gingen in Euro-Länder.

## Abitur und Lehre auf einer Stufe

### Praktiker aus der Wirtschaft und Kultusminister sind verschiedener Meinung

„Haben Sie überhaupt Abitur?“ Eine Frage, mit der Franz Josef Strauß seinerzeit einen Quälgeist unter den Journalisten einzuschüchtern versuchte. Sie wächst aus Bildungsdünkel. Nach wie vor gilt vielen das Abitur mehr als jegliche berufliche Bildung.

Umso bedauerlicher, dass die Kultusministerkonferenz diesem Irrglauben kräftig Futter gibt. Sie hat nicht begriffen, dass es im achtstufigen Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) nicht mehr um Art der Schulabschlüsse oder Ausbildungsdauer geht, sondern um Kenntnisse, Kompetenzen und Fertigkeiten. Die SPD stellt Abitur und berufliche Bildung gleichwertig auf Stufe 4, während die Kul-

tusministerkonferenz das Abitur auf Stufe 5 hievt. Garrelt Duin: „Das wird unserer international anerkannten Berufsbildung nicht gerecht.“

Der Präsident des deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Driftmann, kritisiert die Kultusminister zu recht. Sie verkennen, was der EQR will: Arbeitgeber und Hochschulen in Europa sollen die Qualifikationen von Arbeitnehmern und Studenten einordnen können.

Der DIHK-Chef schätzt eine Lehre im Berufsalltag sogar höher ein als das Abitur: „Wer eine Lehre absolviert hat, hat einen Beruf, steht auf beiden Beinen - wer das Abi hat, hat dagegen lediglich

einen Schulabschluss, an den sich Lehrer oder Uni anschließen.“ Und schließt messerscharf weiter: „Viele Azubis haben heutzutage Abitur - sie würden nach der Lehre in der Wahrnehmung sogar heruntergestuft.“

Garrelt Duin: „Notfalls sollte das Abitur beim Europäischen Qualifikationsrahmen außen vor bleiben.“ Das ist möglich, denn der Qualifikationsrahmen dient der beruflichen Mobilität und so dem europäischen Arbeitsmarkt.

Das Hick-Hack bei uns über Abitur und berufliche Bildung deutet darauf hin, dass schulpolitische Debatten auf Kosten der Berufsausbildung geführt werden. Duin: „Damit muss Schluss sein.“

### Spruch der Woche

**„Das Betreuungsgeld ist das Letzte. Das ist das Negativste, das je eine Bundesregierung beschlossen hat“**

Klaus Hinzpeter, Vorsitzender des Kinderschutzbundes Leer



### Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-70145/-76445  
garrelt.duin@bundestag.de | www.garreltduin.de

### Bildrechte

Eigene Aufnahmen, Frank Ossenbrink.